



## Türkei: Solidarität mit der HDP gegen die Verletzung von Menschenrechten



Die politische Entwicklung in der Türkei ist erschreckend. Tausende von Oppositionellen wurden verhaftet: Journalist\*innen, Abgeordnete, Bürgermeister\*innen aber auch Anwalt\*innen und viele weitere Aktivist\*innen, die der Regierung Erdogan ein Dorn im Auge sind. Als Obfrau im Ausschuss für Menschenrechte ist dies für mich – neben meiner Teilnahme an zahlreichen Kundgebungen und Demonstrationen – auch eine parlamentarische Aufgabe.

### Zwiespältige Rolle der Bundesregierung

Die Bundesregierung ist zumeist äußerst zurückhaltend bei kritischen Äußerungen gegen die Missstände in der Türkei. Schließlich will sie den schmutzigen Flüchtlingsdeal mit der Türkei nicht gefährden und sie hat zudem ein starkes Interesse an der Türkei als Militärstandort, von dem aus sich Deutschland am Krieg in Syrien und im Irak beteiligen kann. Dazu stellt die Bundesregierung in den aktuellen Haushalts-

beratungen etwa 60 Millionen Euro für den Ausbau der Atomwaffen-Basis in Incirlik bereit. Obwohl nach wie vor das Besuchs-

recht von Abgeordneten bei den Bundeswehrsoldaten, die in der Türkei stationiert sind, nicht garantiert ist, hat die Bundesregierung Mitte November 2016 nochmals das Bundeswehrmandat ausgeweitet und verlängert.

### Solidarität konkret

Ein kleines Zeichen der Hoffnung und der Solidarität ist das Programm „Parlamentarier schützen Parlamentarier“. Im Rahmen dieses Schutzprogramms habe ich zusammen mit weiteren 25 LINKEN-Abgeordneten eine Patenschaft für verhaftete (oder von Verhaftung bedrohte) HDP-Abgeordnete übernommen. Solche und andere Zeichen der Solidarität gegen die Repression sind ein wichtiger Beitrag zu einem hoffentlich wachsenden Druck gegen die Regierungspolitik von Erdogan und seiner AKP. DIE LINKE setzt sich ein für ein Ende der Rüstungsexporte an die Türkei, die Aufkündigung des Flüchtlingsdeals, den Abzug der Bundeswehr aus der Region und für eine Aussetzung der EU-Beitrittsverhandlungen.

Inge Höger

Liebe Leserin, lieber Leser!

## Vor uns liegt 2017 – ein wichtiges Jahr

Die Hoffnung der LINKEN ist es, 2017 endlich die voranschreitende Rechtswende zu stoppen und der falschen Wahl zwischen unsozialer Globalisierung und nationaler Abgrenzung eine solidarische Alternative entgegenzusetzen. In Frankreich und Deutschland stehen wichtige Wahlen an. Aber auch im Kleinen gilt es, die Weichen zu stellen für mehr Solidarität und soziale Gerechtigkeit: Streiks und Sozialproteste wären gerade 2017 ein deutliches Zeichen für eine politische Wende. Auch 2017 stehen wir ganz klar auf der Seite der geflüchteten Menschen. Wir setzen uns ein für gute Lebensbedingungen für ALLE hier lebenden Menschen.

Unser Augenmerk richtet sich aber auch auf Fluchtursachen. Wir streiten für einen Stopp von Waffenlieferungen; Frieden und Abrüstung liegen uns am Herzen, in Syrien und anderswo. Ein wichtiger Höhepunkt im Jahr 2017 werden die Proteste gegen den G20-Gipfel in Hamburg im Juli. Gemeinsam mit sozial Bewegten wollen wir zeigen: Eine solidarische Welt ist möglich!

## US-Wahlen:

## Die Wut gegen das politische Establishment

Die deutschen Medien sind schockiert über die Wahl von Donald Trump zum nächsten US-Präsidenten. Die rassistische, homophobe und frauenfeindliche Kampagne gibt ja tatsächlich Anlass zu mehr als nur mulmigen Gefühlen. Gleichzeitig darf niemand ignorieren, dass mit Hillary Clinton keineswegs Grund zur Entwarnung gegeben wäre. Schließlich ist ihr Hang zu kriegerischen Interventionen längst Geschichte. So überraschend, wie manche Kommentatoren tun, kam der Wahlsieg nicht.

Jahrelang wuchs in den USA die Schere zwischen arm und reich. Die Mittelschicht schrumpfte und das politische System ignorierte die Sorge, die Angst und die Wut großer Teile der Bevölkerung. Die Antwort auf diese Misere, die nun von überwiegend weißen, männlichen und weniger gebildeten Menschen gegeben wurde, mag unlogisch sein. Sie haben einen Vertreter des knallharten neoliberalen Unternehmertums ge-

wählt, der Arbeitern den Lohn verweigerte, der Immobilienpreise nach oben trieb und der der zynischen Menschenfeindlichkeit in US-Medien Tür und Tor öffnete. Trotzdem haben viele mit diesem mehr oder weniger erfolgreichen neoliberalen Unternehmer bewusst eine möglichst große Provokation für das politische Establishment gewählt.



### Es gibt auch das andere Amerika

Genau dies gilt es sehr ernst zu nehmen. Dass sich die Lage der Abgehängten unter Trump verbessern wird, darf bezweifelt werden. Es ist also nötig, dass sich die Kräfte dauerhaft formieren, die bereits in

der Kampagne von Bernie Sanders sichtbar wurden. Nötig sind Kräfte, die keine Angst haben, dem ökonomischen und politischen Establishment wirklich weh zu tun, die für Umverteilung und sozialistische Ideen mobilisieren. Wenn diese Bewegung tatsächlich Schwung aufnimmt, dann ist das auch ein deutliches Gegengewicht gegen die Politik des Hasses und der Spaltung, auf die Trump seinen Erfolg mit gründen konnte. Für Deutschland muss uns das gleiche gelingen, wenn wir nicht immer neue Erfolge der AfD beklagen wollen.

Offen bleibt die Frage, wie sich Trumps Wahl auf die US-Außenpolitik auswirkt. Vielleicht gibt es eine Chance, die Eiszeit zwischen Russland und den NATO-Staaten zu überwinden. Der Appell aus Brüssel und Berlin, nun die europäische Aufrüstung voranzutreiben, ist auf jeden Fall das denkbar falsche Signal.

### LINKE Antwort auf das Weißbuch der Bundesregierung

## Schwarzbuch kritisiert zunehmend aggressive Bundeswehrstrategie



Kurz nach dem NATO-Gipfel im Juni 2016 veröffentlichte die Bundesregierung ein Weißbuch der Bundeswehr. Darin werden Ängste geschürt, um die Ausweitung des Einsatzbereiches der Bundeswehr zu

das Weißbuch für die militärische Machtpolitik keine Obergrenzen, nicht für die Anzahl der Soldat\*innen, nicht für die Ausrüstung mit Panzern und anderem Großgerät und auch nicht geographisch.

rechtfertigen. So heißt es, die Bundeswehr stehe „einer nie da gewesenen Parallelität und Größenordnung von Krisen und Konflikten gegenüber“. Das mag sein, aber das Papier blendet vollständig die deutsche, europäische und transatlantische Verantwortung für diese globale Eskalation aus. Deutsche Interessen werden auch nur knapp am Rande angedeutet. Gleichzeitig kennt

Als Antwort veröffentlichte die Bundestagsfraktion der LINKEN zusammen mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung im September ein Schwarzbuch, in dem die Kritik an dieser gefährlichen Entwicklung untermauert wird. Das Schwarzbuch ist eine Art Handbuch gegen die Militarisierung der deutschen Außenpolitik. Es liegt zwischenzeitlich bereits in zweiter Auflage vor.

Die Aufrüstung der Bundeswehr ist weder ein Beitrag im Kampf gegen den Terror, noch erhöht es die Sicherheit in Europa. Vielmehr ist sie Produkt der neuen Doppelausrichtung der deutschen Streitkräfte: Die Bundeswehr wird weiterhin an immer neuen Militäreinsätzen in Asien und Afrika beteiligt, soll aber gleichzeitig für einen möglichen Krieg gegen Russland gerüstet sein. Das Schwarzbuch soll Aktivistinnen und Aktivisten mit Informationen und Argumenten versorgen, um den Widerstand gegen diesen Kriegskurs zu stärken.

**Hier kann man das Schwarzbuch herunterladen:** <https://www.rosalux.de/publication/42571/schwarzbuch.html>

## Reale Arbeitslosigkeit in Ostwestfalen

# Mit Tricks und Täuschung werden Arbeitslosenzahlen gesenkt

Kurz vor dem wichtigen Wahljahr 2017 wird mit Meldungen wie „Anhaltender Rückgang der Arbeitslosigkeit“ der Eindruck erweckt, auf dem Arbeitsmarkt gebe es eine positive Entwicklung. Schaut man genauer hin, zeigt sich das Bild nicht so schön.

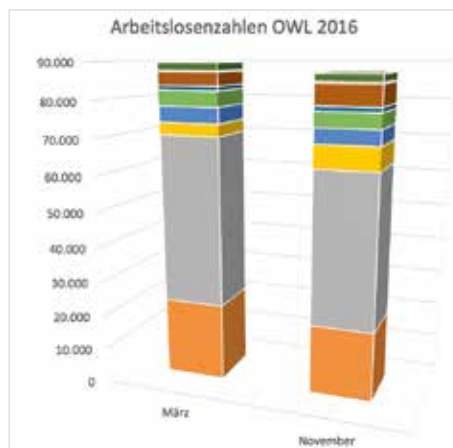
In den offiziellen Arbeitslosenzahlen, die die Arbeitsagentur in ihren Presseberichten herausgibt, tauchen ganz viele Erwerbslose gar nicht auf: Die, die unter die Überschrift „Unterbeschäftigung“ fallen. Die über 58-jährigen fallen aus der Statistik, wer in einer „Maßnahme“ oder in privater Arbeitsvermittlung, in Bürgerarbeit oder 1-Euro-Job (Arbeitsgelegenheit) steckt oder krank ist, wird nicht mitgezählt.

Die folgende Tabelle zeigt die Arbeitslosenzahlen der Monate März und November 2016 im Vergleich. Die gezählten Arbeitslosen sind deutlich um 10,3 Prozent (oder 7201 Personen) zurückgegangen. Rechnet man allerdings die versteckten Arbeitslosen („Unterbeschäftigten“) dazu, beträgt

der Rückgang der Arbeitslosigkeit gerade einmal 2,7 Prozent (oder 2456 Personen). Der Anteil der versteckten Arbeitslosigkeit steigt entsprechend von 21,7 auf 27,7 Prozent. Ein großer Teil der Arbeitslosen wird also einfach in Aktivierungsmaßnahmen oder in geförderte Arbeit gesteckt – und schon sind sie weg! Zudem wird deutlich,

dass fast doppelt so viele Menschen kein Arbeitslosengeld beziehen sondern im Hartz-IV-System gefangen sind.

Nach den Bundestagswahlen laufen die „Maßnahmen“ aus und alles ist wie immer. Heute aber kann die Bundesregierung stolz verkünden, „dass die Arbeitslosigkeit massiv gesenkt wurde“.



	März	November
<b>offizielle Arbeitslosenzahlen OWL</b>	<b>70.287</b>	<b>63.086</b>
○ davon in SGB III (Arbeitslosengeld I)	22.297	19.955
○ davon in SGB II (Arbeitslosengeld II)	47.990	43.131
<b>versteckte Arbeitslosigkeit:</b>		
● Aktivierung / Eingliederung	3.450	6.485
● Älter als 58 im ALG-I oder -II	4.404	4.183
● Berufliche Weiterbildung	4.255	4.095
● Ein-Euro-Jobs	1.231	1.332
● Fremdförderung	3.609	5.614
● Bürgerarbeit	28	109
● Förderung von Arbeitsverhältnissen	101	157
● Beschäftigungszuschuss	201	176
● Kranke	2.142	2.015
<b>Gesamtzahl der Arbeitslosen</b>	<b>89.708</b>	<b>87.252</b>

Datenquelle: Agentur für Arbeit

## Balkan:

# Privatisierung unter NATO-Herrschaft

Das Herzstück des ehemaligen jugoslawischen Bergbaus im Kosovo soll jetzt vermarktet werden

Mehrere Male besuchte Inge Höger als Bundestagsabgeordnete die Balkan-Region; drei Mal war sie auch im Kosovo. 2013 besuchte sie dort die Trepca-Mine, die einst das Herzstück des jugoslawischen Bergbaus war und in der vor allem Blei und Zink abgebaut wird. Bei dieser Gelegenheit sprach sie auch mit den Arbeiter\*innen und dem Betriebsrat der Mine.

Im Oktober 2016 beschloss das Kosovo-Parlament die Übernahme von 80% der Unternehmensanteile der Trepca-Mine. Was

auf dem ersten Blick wie eine Verstaatlichung aussieht, geht tatsächlich in die entgegengesetzte Richtung: Das Gesetz „sieht die Umwandlung des Unternehmens in eine Aktiengesellschaft vor“, so die deutsche Staatsministerin Maria Böhmer (CDU) in ihrer Antwort auf eine Anfrage von Inge Höger. „Ziel dieser Umwandlung ist ausdrücklich nicht die Verstaatlichung, sondern die Ermöglichung privater Investitionen in das Unternehmen durch Direktinvestitionen oder Public-Private-Partnership.“

## Rolle der NATO bei der Privatisierung von Staatsvermögen

Noch immer sind im Kosovo NATO-Truppen stationiert, zu denen auch die Bundeswehr gehört. Laut Böhmer waren diese nicht an dieser „Umwandlung“ beteiligt. Es ist allerdings schwer vorstellbar, dass die NATO-Staaten im Vorfeld nichts von dieser Privatisierung wussten. Im Jahr 2000 hatten die NATO-Truppen einen Streik der Arbeiter\*innen in den Trepca-Minen gewaltsam beendet.

Nachdem der Balkan in den 1990er Jahren, teils durch Unterstützung der NATO und ihrer Bomben, sehr stark von Kriegen betroffen war, setzen nun die Europäische Union und der Internationale Währungsfonds IWF in der Region auf die Privatisierung des ehemaligen Staatsvermögens.

*Inge Höger: „Es ist schon merkwürdig, wie die Regierung des Kosovo unter NATO-Präsenz und deutscher Anleitung grundlegende Industrien privatisiert. Bereits in den vergangenen Jahren haben Privatisierungen Tausende von Arbeitsplätzen gekostet.“*



Podiumsdiskussion zur aktuellen Schulentwicklung im Herforder „Haus unter den Linden“

## Wir brauchen endliche Eine Schule für alle Kinder!



Auf Einladung des Kreisverbandes DIE LINKE Herford diskutierten 06.10.2016 ExpertInnen und Betroffene über die Probleme und Perspektiven von Gesamtschulen.

Diskussionen um neue Realschulformen, Abschlüssen und eine mögliche zweite Gesamtschule sorgen für Zündstoff. Über diese Situation und die bildungspolitische Herausforderungen wollten auch die Gäste mitdiskutieren. Diese waren sich mit den Referent\*innen - Herfords Beigeordnete Birgit Froese-Kindermann, Heidrun von der Stück vom Landesverband DIE LINKE, Bezirksschülersprecher Maximilian Reeck und Uta Kumar vom NRW-Bündnis "Eine Schule für alle" - aber einig, dass sich dringend etwas ändern muss. Inge Höger moderierte die Veranstaltung.

### Sekundarschule ist gescheitert

Die Lehrerin Heidrun von der Stück zitierte eine Studie der Rosa Luxemburg Stiftung, wonach in NRW das Modell Sekundarschule längst gescheitert sei. Viele wären inzwischen in Gesamtschulen umgewandelt. Für diese Schulform trat auch für Schülersprecher Maximilian Reeck ein. Er kritisierte besonders die „Abschulung“ von Kindern vom Gymnasium auf andere Schulformen. Frau von der Stück ergänzte: „Über ein

zehnjähriges Kind zu urteilen, in welcher Schulform es Erfolg haben wird, ist ein Unding“. Eine Abschulung sei oft ein negativer Stempel für die Schüler\*innen und nicht selten auch traumatisch. Birgit Froese-Kindermann stellte fest, dass das Schulsystem in den 90er Jahren noch durchlässiger gewesen sei. "Der Wechsel von der Realschule zum Gymnasium war damals einfacher als heute."

Eine Alternative zur Gesamtschule favorisierte Frau Kumar: Eine Schule für alle, gemeinsam lernen von der ersten bis zur zehnten Klasse. Hierfür bekam sie viel Zuspruch. Nicht umsonst wird das deutsche gegliederte Schulsystem auch international dafür kritisiert, dass es ist in hohem Maße sozial selektiv ist und die bestehende soziale Ungleichheit verfestigt. Uta Kummer wies darauf hin, dass es die Politik ist, die für die Schulentwicklung verantwortlich ist. Inge Höger: „Fünf Jahre nach dem sogenannten Schulfrieden sind wir von Einer Schule für alle weiter entfernt als je zu vor. NRW hat die meisten Privatschulgründungen. Für viele Eltern wird die Entscheidung - „zu welcher Schule schicke ich mein Kind?“ - immer undurchsichtiger. Die Parteien im Landtag sind in der Verantwortung, allen Kindern im Land eine schulische Bildung zu ermöglichen, die ihnen eine wirkliche Entfaltung ihrer Möglichkeiten sichert. Das ist

mit diesem Schulsystem nicht möglich. Wir brauchen endlich Eine Schule für alle!“

### Kontakt

#### Bundestagsbüro:

Inge Höger (v.i.S.d.P.)  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Fon: 030-227-74330  
Fax: 030-227-76339  
Email: inge.hoeger@bundestag.de

### Wahlkreisbüros:

#### HERFORD

Andy Hölte  
Radewiger Str. 10, 32052 Herford  
Öffnungszeiten  
Mo. bis Do. 10-15 Uhr, Fr. 10-14 Uhr  
sowie nach Vereinbarung  
Fon: 05221-1749071  
Fax: 05221-1749073  
Email: inge.hoeger.wk@bundestag.de

#### BIELEFELD

Barbara Schmidt  
August-Bebel-Str. 126, 33602 Bielefeld  
Öffnungszeiten  
Mo.13-16 Uhr, Di. bis Do. 10-16 Uhr  
sowie nach Vereinbarung  
Fon: 0521 5202902  
Email: inge.hoeger.wk02@bundestag.de  
www.inge-hoeger.de